

noch einige Bischöfe auf einen Bruch zwischen Hitler und Rosenberg.

Was man sich von dieser Taktik versprach, trat aber zum größten Teil nicht ein.

Dafür ein Beispiel: Der gemeinsame Hirtenbrief vom Juni 1934 war, wenn er auch nicht von den Kanzeln verlesen wurde, mit hoher Auflage gedruckt und vertrieben worden. Die Gestapo beschlagnahmte prompt alle unverkauften Exemplare und verbot die Veröffentlichung des Hirtenbriefes in der Presse und auch in den Kirchenzeitungen mit der Begründung, der Brief könne die öffentliche Ordnung gefährden und der Autorität des Staates und der Bewegung schaden.

Vergeblich erläuterte Kardinal Bertam, daß der Episkopat nicht die Ab-

sicht gehabt hätte, den Staat oder die Bewegung anzugreifen. Das Hitler-Regime war nicht gewillt. Kritik zu dulden.

Zu einer offeneren Kritik an Rosenbergs „Mythus“ entschloß sich eine Reihe katholischer Gelehrter im Herbst 1934. Um die Beschlagnahme dieser Veröffentlichung durch die Gestapo zu verhindern, bewog man Kardinal Schulte von Köln dazu, die Schrift als Beilage des offiziellen Diözesanblattes zu veröffentlichen.

Als Schulte in letzter Minute den Mut verlor und seine Zustimmung zurückzog, wandte man sich an Bischof Galen von Münster; dieser stimmte bereitwillig zu, die Veröffentlichung zu unterstützen. Die Oktober-Ausgabe des Diözesan-

blattes von Münster erschien also mit einer Beilage unter dem Titel „Studien zum Mythus des XX. Jahrhunderts“.

In einem Vorwort empfahl Galen die Studie seinen Geistlichen: „Sie ist geschrieben in Liebe zum deutschen Vaterland, zur Heiligen Kirche und zur Wahrheit.“ Weitere Folgen erschienen im Dezember und ein Epilog Anfang 1935.

Die Autoren, die anonym blieben, unterwarfen Rosenbergs Buch einer wissenschaftlichen, aber harten Kritik. Man verwies auf die vielen falschen Angaben und die unverblümten Entstellungen von Tatsachen und protestierte gegen die Beleidigungen des Papstes und der Kirche. Auszüge aus den Studien wurden auch in Kardinal Schultes Diözesanblatt veröffentlicht,

„DAS IST AUFEITZUNG DER BEVÖLKERUNG“

Bischof Galens Kampf gegen Rosenberg

Der Historiker Hans Müller hat in seiner Dokumentation „Katholische Kirche und Nationalsozialismus“, der Serien-Autor Lewy entscheidende Anregungen verdankt, den Kampf des Münsteraner Bischofs Clemens August von Galen gegen den Nazismus detailliert aufgezeichnet. Am 28. Mai 1935 schrieb Galen an den Oberpräsidenten von Westfalen:

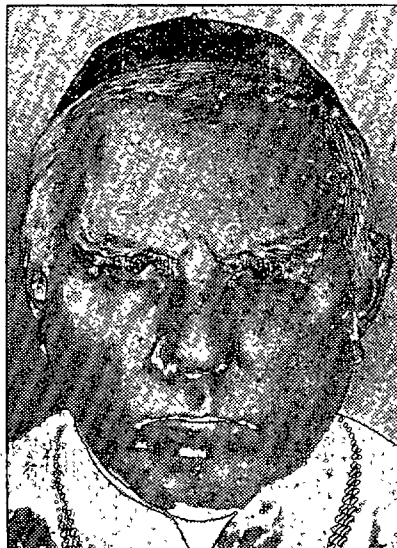
Nach Zeitungsmeldungen ist für Sonntag, den 7. Juli 1935, eine große Zusammenkunft der Amtswalter der NSDAP des Gau Westfalen-Nord nach Münster einberufen. Im Zuge der Veranstaltungen ist auch eine Versammlung auf dem Hindenburgplatze geplant, bei welcher der Reichsleiter für weltanschauliche Schulung Alfred Rosenberg eine Ansprache halten soll.

Ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, daß die Ankündigung dieses Planes in der christlichen und besonders der katholischen Bevölkerung der Stadt Münster und des Münsterlandes bereits starkes Befremden erregt hat, und daß die Ausführung desselben unfehlbar eine lebhaft Beunruhigung hervorrufen müßte.

Es ist bekannt, daß Alfred Rosenberg nach eigenem Zugeständnis in seinen Schriften Ansichten vertritt, welche „sich unmöglich mit den bisherigen offiziellen (christlichen) Erkenntnissen vereinigen“ lassen; daß diese Ansichten mit einer für Andersdenkende aufreizenden Leidenschaft vertritt, daß er besonders die Katholische Kirche, das Papsttum, die christliche Vergangenheit unseres Volkes mit Schmähungen überhäuft.

Nach den beschämenden öffentlichen Anfeindungen des Christentums an den Abenden des 16. und 25. Mai in Münster und der dadurch hervorgerufenen Gegenwirkung und Spannung kann ich die Befürchtung nicht von der Hand weisen, daß ein öffentliches Auftreten Rosenbergs am 7. Juli zu tiefgreifender Beunruhigung und vielleicht zu verhängnisvollen Zusammenstößen in Münster führen wird.

* Hans Müller: „Katholische Kirche und Nationalsozialismus“, Nymphenburger Verlagshandlung, München; 436 Seiten, 28 Mark.



Münster-Bischof Galen
Besuch des Reichsleiters verboten

Ich fühle mich verpflichtet, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen und um des Friedens willen den Antrag zu stellen, daß ein Auftreten Rosenbergs in Münster in absehbarer Zeit von der zuständigen Regierungsstelle verhindert wird.

Am 21. Juli 1935 berichtete der „Kirchliche Anzeiger für die Katholischen Gemeinden von Dortmund“:

In weiteren Ausführungen beleuchtete Reichsleiter Rosenberg noch einmal die geschichtliche Situation von 1918 bis 1933, um dann an einem Beispiel darzustellen, wie, anstatt dem Nationalsozialismus zu danken für die Errettung Deutschlands und somit auch aller katholischen Deutschen, die Zentrumsführer mit Hilfe der nach Auflösung der politischen Partei noch gebliebenen Organisationen im Unterirdischen, oft aber auch schon offen kämpfen gegen den neuen Staat. Reichsleiter Rosenberg verlas Stellen aus einem Brief, den der Bischof von Münster an den Oberpräsidenten der Provinz

Westfalen gerichtet hatte. Rosenberg erklärte: „Indem der Gau Westfalen-Nord mich zu seinem Gautag ersucht, eine Rede zu halten, ist es selbstverständlich, daß ich hier in einer parteiamtlichen Eigenschaft spreche und nicht als Privatperson, wie es vielleicht der Bischof Clemens August glaubte hinstellen zu können. Dieser, die gesamte Partei und den heutigen Staat herausfordernde Brief zeigt dabei, was man an gewissen Stellen unter sogenannter Religionsfreiheit begreift, nämlich die Unterdrückung aller Anschauungen, die nicht mit einem bestimmten Dogma zusammenfallen.“

„Der Brief des Bischofs grenzt an die Drohung, die ihm kirchlich unterstellten katholischen Deutschen zu Unruhen aufzureizen. Seine letzten Worte, daß eine Beruhigung seinerseits gegenüber der als Provokation bezeichneten Rede von mir wohl kaum Erfolg haben würde, ist die typische Art, einer unmittelsbaren gesetzlichen Feststellung der Drohung zur Aufreizung der Bevölkerung zu entgehen.“

Schon einen Tag nach der Rede Rosenbergs veröffentlichte der Dom- und Pfarrklerus Münster folgende Erklärung:

Gestern Abend ist vor vielen Tausenden an der bischöflichen Amtsführung unseres geliebten Oberhirten, des hochwürdigsten Herrn Bischofs Clemens August, eine öffentliche Kritik geübt worden, die wir im Namen der Katholiken der Stadt Münster sofort und entschieden zurückweisen.

Wir verurteilen diese Form der öffentlichen Kritik der Amtstätigkeit unseres Bischofs um so schärfer, als sie in einer Versammlung geschehen ist, in der auch große Teile der katholischen Jugend zugegen waren, und zwar von einem Redner, der in seinem bekannten Buche sagt, das Kreuzifix müsse aus unseren Kirchen und von den Dorfstraßen verschwinden.

Wir sind überzeugt, daß am morgigen Tage der Großen Prozession die Gläubigen unserer Stadt dem Redner die rechte Antwort geben werden.